BOAR Kramer stellt dar, dass sich die zur Sitzungsvorlage beigefügte Kostenaufstellung in einzelne Segmente gliedert, um einzeln über Maßnahmen entscheiden zu können. Entschieden werden soll nach Beteiligung der Öffentlichkeit in Arbeitsgruppen, die jeweils Vorschläge zur Ausführung erarbeiten.

Parallel hierzu soll der Antrag auf Aufnahme in das Städtebauförderprogramm erarbeitet und gestellt werden.

Ende Oktober/Anfang November sollten bereits die ersten beiden Arbeitsgruppensitzungen stattfinden. Die Ergebnisse hieraus könnten dann bereits Anfang des kommenden Jahres vorgestellt werden.

Die Anregung von RM Labeschautzki, ob ggf. Mittel vom Landkreis aus der Wirtschaftsförderung zu erhalten seien, wird im Zuge der Zusammenstellung der Unterlagen für den Städtebauförderantrag geprüft.

RM Schmitz regt an, ob nicht eventuell auf die Arbeitsgruppenberatungen verzichtet werden kann, um den Aufwand geringer zu halten.

BM Böhling spricht sich dafür aus die Arbeitsgruppen offen zu gestalten, also neben den Geschäftstreibenden auch interessierte Bürger/innen zuzulassen.

BOAR Kramer erläutert, dass die Beratung in den Arbeitsgruppen zwar aufwändig ist, aber eine öffentliche Veranstaltung mit einer Ideensammlung zum Thema Innenstadtgestaltung wegen der Fülle an Maßnahmen nicht ausreiche. Es sollen drei Arbeitsgruppen mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten gebildet werden.

RM Schwitters spricht sich für eine Beteiligung des Touristik– und Marketingvereines (TGM) in den Arbeitsgruppen aus.

RM Just befürwortet den im Beschlussvorschlag dargelegten Aspekt, die Radfahrer nicht auf die Straße zu verlagern und weist auf den von ihm gestellten Antrag hin, in welchem weitere Aspekte ausgeführt werden, die berücksichtigt werden sollen.

Auf Anfrage von RM Wilbers wird erläutert, dass es keine vorgegebene Sanierungsabschnitte gibt. Die Beratung in den Arbeitsgruppen ist ergebnisoffen.

BOAR Kramer führt abschließend aus, dass die Frage des Straßenbelages in den Arbeitsgruppen mit beraten werde.

Auf die Frage des Ausschussvorsitzenden, nach den Erfolgsaussichten auf Städtebauförderung, entgegnet BOAR Kramer, dass die Erfolgsausschichten auf Aufnahme in das Städtebauförderprogramm immer auch individuell von einer umfangreichen Begründung abhängig seien. Eine Aussage hierzu kann vom Landesministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung nicht erwartet werden.

RM Labeschautzki, spricht sich dafür aus, dass auch die UWG dem Vorschlag folgen und RM Just seinen Antrag –Straßenbelag- zurückziehen solle.

RM Just beabsichtigt nicht seinen Antrag zurückzuziehen, da dieser zur Sitzung nicht zur Abstimmung stehe. Er spricht sich dafür aus den Beschlussvorschlag dahingehend zu erweitern, dass die Kosten für den Austausch des Straßenbelages entsprechend dem Antrag der BfB-Fraktion zu ermitteln sind.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Es ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag: